

Haushartsrede 2026 der WBB-Fraktion

Gehalten von Gemeinderat Hans-Martin Flinspach am 15.12.2025

**Sehr geehrter Herr Bürgermeister Bänziger,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat,
sehr geehrte Damen und Herren,**

wir erlebten eine lange Phase, in der fortwährendes Schlechtreden der Wirtschaft zu einer tragischen Wirklichkeit geworden sind. Der Ampelregierung wurde jeglicher finanzieller Spielraum entzogen. Das Gebäudeenergie-Gesetz wurde in Grund und Boden verdammt und letztendlich die Regierung zu Fall gebracht. Mit vollmundigen Versprechen sollte nach der Wahl alles besser werden.

Die vorher sakrosankte Schuldenbremse, jahrelang als Garant für solide Staatsfinanzen gepriesen, wurde binnen Wochen Makulatur - und damit nicht nur ein symbolisches Opfer, sondern ein deutliches Zeichen dafür, dass selbst grundgesetzlich verankerte Leitplanken unter dem Druck kurzfristiger politischer Interessen aufweichen.

Das vorher verdammte Gebäudeenergie-Gesetz hat immer noch Bestand und ist anscheinend besser als sein Ruf. Obwohl den Bürgern suggeriert wurde wie schlecht das alles ist, sagen die Fachleute in der Beratung und praktischen Umsetzung das Gegenteil.

Umweltstandards werden wieder in Frage gestellt und zurückgeschraubt, obwohl unsere Lebensgrundlagen durch den Klimawandel immer weiter zerstört werden. Wie der UN - Generalsekretär Gutterez sagt: „Wir sind auf einem Highway in die Klimahölle, mit dem Fuß immer noch auf dem Gaspedal.“

Wir sollten uns wieder viel mehr auf unsere Stärken und Innovationskraft besinnen. Mit Massenproduktion haben uns Länder wie China und Indien schon lange den Rang abgelaufen. Angesichts unseres Lohnniveaus und der Energiepreise werden wir hier keinen Blumentopf gewinnen. Der Schlüssel wird Ingenieurskunst, Wissenschaft und Innovation sein.

Kommunen vor dem Kollaps

Angesichts der wachsenden Belastungen vor allem im Sozialbereich, aber auch durch immer höhere Standards bei Baumaßnahmen und in der Verwaltung stoßen die Kommunen allesamt - und wir in Weingarten an die Grenzen. Wenn Kommunen ihre Pflichtaufgaben nicht mehr erfüllen können, leidet unmittelbar die Daseinsvorsorge vor Ort - und damit das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den Staat.

Natürlich nehmen wir als Kommune in dieser Situation die angekündigten 6,5 Mio. € aus dem neuen Schuldenvermögen des Bundes gerne an.

Trotzdem lautet unsere Forderung: Politik darf nicht weiter auf dem Rücken der Kommunen gemacht werden. Wer Aufgaben verpflichtend überträgt, muss auch die dafür notwendigen Mittel bereitstellen - und verantwortungsvoll mit öffentlichen Finanzen umgehen.

Sparen tut Not

Doch was nützt uns das Lamentieren es gilt auch hier „Hilf dir selbst sonst hilft dir keiner“. Wir müssen vor Ort unsere Möglichkeiten ausschöpfen und können uns nicht auf andere verlassen. Die Haushaltssanierung geht nur mit Einsparungen und der Generierung zusätzlicher Einnahmen. Nachdem die Haushaltskommission am 04. August laut Protokoll zum Kaffeekränzchen verkommen ist, konnten doch im Verlauf der Haushaltsplanung 985.500 € an Ausgaben gestrichen werden. Bei den gestrichenen Personalstellen muss aus WBB-Sicht sorgsam darauf geachtet werden, dass entweder Aufgaben reduziert oder leistbar verteilt werden, um Überlastungen zu vermeiden.

Chancen nutzen - Einnahmen generieren

Genauso wichtig ist es mögliche Einnahmequellen zu nutzen.

Seit Jahren wird das Thema Windkraft im Gemeinderat blockiert. Die Überlegung einer Photovoltaikanlage auf 15 % der Fläche des Baggersees zu installieren erfährt dasselbe Schicksal. Angeführt vom Bürgermeisterkandidat, assistiert von der FDP und teilweise toleriert durch die Unentschlossenheit und Enthaltung des Amtsinhabers wird das Verhinderungsspiel gegen diese Möglichkeiten erneuerbare Energien in Weingarten voran zu bringen, betrieben. Nachdem sogar der Gutachter von Gegenwind die Genehmigungsfähigkeit der Anlagen in Weingarten eingeräumt hat, geht unbeirrt das Spiel der Akteure weiter. Klar ist indessen, die erzielbaren Pachteinnahmen sind durch die Verzögerungen zum Nachteil für die Gemeinde bereits um rund ein Drittel gefallen.

Wir sind gespannt auf den Bürgerentscheid mit dem die Entscheidung in die Hand der Bürgerinnen und Bürger gelegt wird. Falls der Entscheid, wie in Bruchsal und Kraichtal für die Verpachtung der Gemeindeflächen zur Windkraftnutzung ausgeht, wird der am selben Tag gewählte Bürgermeister dies umzusetzen haben. Vielleicht gelingt es dann dem von der CDU eingebrochenen und mit dem Schild „Klimakommune“ am Rathauseingang gefeierten europäischen Energie Award mehr gerecht zu werden.

Besonders fatal wäre es, wenn die **privilegierten** Windräder im Außenbereich nahezu ausschließlich auf Privatgrund oder Nachbargemarkungen realisiert und die wesentlichen Einnahmen der Allgemeinheit in Weingarten vorenthalten würden.

Konsequenzen von nicht genutzten Chancen

Wenn man sich diesen Chancen vehement verweigert, bleiben nur massive Einschnitte, wie Erhöhung der Gebühren, Erhöhung der Steuern, Schließung des Hallenbades, höhere Einnahmen aus der Parkraumbewirtschaftung als Beispiele. Von diesem Szenario spricht natürlich keiner gerne. Es könnte jedoch sehr schnell zur zwingenden Realität werden.

Gewerbesteuer eingebrochen

Die Jahresrechnung offenbarte einen massiven Einbruch bei der Gewerbesteuer von rund 4 Mio. € aufgrund von Mindereinnahmen und einer großen Rückzahlung. Mit der für solche Fälle vorgesehene Rückstellung von 1,5 Mio. € konnte dieser Fehlbetrag gegenüber der Haushaltskalkulation nicht ausgeglichen werden. Ein Anlass für eine Katastrophenstimmung sehen wir allerdings nur in eingeschränktem Maße. Denn der Gemeinde bleiben von der Gewerbesteuer aufgrund der Finanzausgleichsumlage und der Gewerbesteuerumlage nach 2 Jahren lediglich 23 % dieser Einnahmen.

Haushaltsplanung muss realistisch bleiben

Die oft recht euphorisch kalkulierten Einnahmen aus Grundstücksverkäufen leiden in den letzten Jahren unter der Diskrepanz zwischen Verkaufswillen und der Verkaufsfähigkeit. So sind zum Teil die Planungen und Erschließungsarbeiten nicht so schnell abgeschlossen um wirklich verkaufen zu können oder stehen auch die Kaufinteressenten nicht im gewünschten Umfang parat. Aus unserer Sicht sollte hier vorsichtig kalkuliert werden und der Druck verkaufen zu müssen um einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen geringer gehalten werden. Wir wollen keinen Verkauf um jeden Preis oder an jeden um die Einnahmen zu erzielen. Im Klartext z.B. wollen wir keine Kirchen im Gewerbegebiet und keine Bauträger als Schnäppchenjäger im Baugebiet.

Schule - Investition in unsere Zukunft

Auf viele Jahre betrachtet steht der Neubau der Turmbergschule auf dem Festplatz als größte Investition unserer Gemeinde bevor. Die Diskussion über eine Sanierung und Erweiterung am bisherigen Standort in der Ortsmitte – mit einer prognostizierten Bauzeit von sieben Jahren im laufenden Betrieb – wäre nur sinnvoll, wenn dadurch deutlich geringere Kosten entstehen würden. Die bisherigen Untersuchungen und Kalkulationen zeigen jedoch, dass dies nicht der Fall ist. Ein Neubau auf dem Festplatz bietet keinen finanziellen Nachteil gegenüber einer Sanierung, eher im Gegenteil.

Eine Zweiteilung der Schule, wie von der FDP-Fraktion vorgeschlagen, könnte zwar bei den Baukosten zunächst günstiger erscheinen, würde aber im laufenden Betrieb erhebliche Mehrkosten verursachen. Dazu gehören doppelte Strukturen wie Sekretariat, Mensa, Hort, ein erhöhter Hausmeisterdienst sowie weitere organisatorische Reibungsverluste.

Wir hoffen daher, dass mit der Vergabe an einen Totalunternehmer die Baukosten tatsächlich auf 40 Mio. Euro begrenzt werden können.

Wie ich eingangs betonte, liegt unsere Zukunft in Wissenschaft, Ingenieurwesen und Innovation. Gut ausgestattete Schulen mit engagierten Lehrkräften sind die Grundlage dafür, dass junge Menschen hervorragend ausgebildet werden und unsere Zukunft aktiv gestalten können.

Das freiwerdende Schulgelände im Ortskern ist ein echtes Filetstück unserer Gemeinde. Mit diesem wertvollen Areal muss sorgsam umgegangen werden. Es eröffnet große Chancen und darf keinesfalls leichtfertig veräußert oder unter Wert genutzt werden.

Erhaltung, Sanierung und Erneuerung unserer Infrastruktur

Gemäß der Eigenkontrollverordnung ist die Gemeinde verpflichtet, ihr Kanalnetz im Abstand von zehn Jahren mittels Kamerabefahrung auf seine Funktionsfähigkeit zu überprüfen. Undichte Kanäle, die das Grundwasser verunreinigen, stellen einen Straftatbestand dar. Die aktuelle Befahrung, die dem Gemeinderat noch nicht vorgestellt wurde, wird voraussichtlich erneut ein Maßnahmenpaket ergeben, das je nach Dringlichkeit abgearbeitet werden muss.

Die bisherige Vorgehensweise hat sich bewährt: Für besonders kritische Bereiche wird ein Sanierungsgebiet beantragt, sodass mit entsprechender Förderung die komplette Infrastruktur im jeweiligen Straßenabschnitt erneuert und der Straßenraum neugestaltet werden kann. Dieses Vorgehen ist vorbildlich.

Insbesondere in der Niedrigzinsphase konnten u.a. die Jöhlinger Straße, die Schillerstraße, die Paulusstraße und aktuell die Burgstraße umfassend saniert werden. Trotz der damit verbundenen Kosten ist dies auch ein Verdienst von Bürgermeister Bänziger.

Kirchberg -Mittelweg – millionenschwere Hypothek für alle

Im Baugebiet Kirchberg-Mittelweg zeigen sich mittlerweile die Auswirkungen, die wir bereits bei der Aufstellung des Bebauungsplans vorhergesagt hatten - sowohl in Bezug auf die Eingriffe in Natur und Umgebung als auch hinsichtlich der Kostenentwicklung und der Belastungen für die Grundstückseigentümer. Von den kalkulierten 16 Mio. € Baukosten werden rund 7 Mio. € nicht umlagefähige Kosten von der Gemeinde zu tragen sein. Wie angekündigt begleiten wir das Verfahren weiterhin konstruktiv und kritisch, akzeptieren jedoch selbstverständlich die demokratisch getroffene Entscheidung. Wir erwarten eine strikte Kostenkontrolle, um zusätzliche Belastungen zu vermeiden.

Jedermann - Recht getan ... lässt immer einzelne Unzufriedene zurück

Unsere oberste Prämissen lautet dabei: Handeln zum Wohle der Gemeinde und ihrer Bürgerinnen und Bürger. Als Teil der kommunalen Verwaltung tragen wir als Gemeinderäte Verantwortung für das große Ganze. Dass dabei nicht immer das individuelle Anliegen jedes einzelnen Bürgers maßgeblich sein kann, stößt zwar teilweise auf Unverständnis, ist aber für eine ausgewogene und gemeinwohlorientierte Entscheidung unverzichtbar.

Kläranlage ertüchtigen – sichere Entsorgung des Abwassers im Zweckverband

Mit der Ertüchtigung der Kläranlage im Abwasserzweckverband mit Walzbachtal steht eine Großinvestition von rund 24 Mio. € an. Die Finanzierung erfolgt über Kredite mit einer Abschreibung über 50 Jahre; Zins- und Tilgungskosten fließen in die Abwassergebühren ein. Die Anlage wird auf anaerobe Klärung mit Faulung umgestellt, das entstehende Gas in einem

Blockheizkraftwerk genutzt und zusätzlich Photovoltaik installiert. Dadurch erwarten wir deutliche Einsparungen bei den Betriebskosten.

Die erfolgreiche Arbeit des Abwasserzweckverbands zeigt den hohen Wert interkommunaler Zusammenarbeit, durch die Synergien genutzt und Kosten gesenkt werden können. Dieses Modell sollte stärker auf weitere Bereiche wie die Wasserversorgung oder technikintensive Bauhoftätigkeiten mit Nachbarkommunen ausgeweitet werden.

Unser Wald – Klimawandel zeigt massive Auswirkungen

Die Vorstellung des Forstbetriebsplanes zeigte überraschend schwarze Zahlen, die vor allem auf den Verkauf von Ökopunkten für die Erhaltung von Potentialbäumen für den Heldbockkäfer zurückzuführen sind. Mit dieser Einnahmequelle kann der Verzicht auf deren Einschlag gut ausgeglichen werden.

Doch die Situation unserer Wälder bleibt angespannt: Im Jahr 2025 rechnet unsere Försterin bislang mit rund 85 % sogenannter zufälliger Nutzung. Das bedeutet, dass Bäume überwiegend aufgrund von Trockenschäden sowie mangelnder Standsicherheit entlang von Straßen und Schienen entnommen werden müssen. Besonders betroffen sind die Buchenwälder im Bergwald, die vom Verfall bedroht sind. Absterbende Bäume werden einerseits noch verwertet, andererseits geht dadurch die für die Verjüngung notwendige Schattenwirkung verloren.

Diese Entwicklung zeigt deutlich die Auswirkungen des Klimawandels. Das auf eine zehnjährige Bewirtschaftungsperiode ausgelegte Forsteinrichtungswerk bietet unter diesen Bedingungen kaum noch Planungssicherheit, was für die Gemeinde und insbesondere für unsere Försterin eine große Herausforderung darstellt.

Meine Damen und Herren lassen Sie mich zum Schluss kommen.

Zustimmung zum Haushalt

Die WBB-Fraktion stimmt der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für den Kernhaushalt, sowie den Plänen für die Eigenbetriebe zu. Wir sollten insbesondere im Hinblick den Klimawandel das Thema erneuerbare Energien konsequent verfolgen und uns nicht vor rentierlichen Kosten scheuen, wenn in absehbarer Zeit eine Amortisation und Entlastung unseres Haushalts erfolgt.

Herzlichen Dank

Zum Schluss möchten wir uns bei der gesamten Verwaltung, dem Bauhof, dem Forstbetrieb, dem Hausmeisterteam, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unserer Eigenbetriebe, der Schule, dem Hort, der Kinderbetreuungseinrichtungen, der Bäder, sowie allen in der Gemeinde tätigen Ehrenamtlichen für Ihr Wirken und Engagement danken.

Sie sind die Eckpfeiler und Garanten für ein funktionierendes Gemeinwesen in unserem schönen Weingarten!